



MARCEL FRATZSCHER

Was passiert, wenn Tech-Bosse die Macht übernehmen?

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Am 4. Juli feierten die USA ihren 250. Geburtstag. Für viele Menschen in Europa waren die Vereinigten Staaten lange Zeit ein Vorbild. Nun sind sie immer weniger Partner und Schutzmacht, sondern bedrohen unsere Demokratie und unseren Wohlstand.

Gerade Deutschland hat den USA viel zu verdanken. Die Vereinigten Staaten waren maßgeblich daran beteiligt, Deutschland und Europa von den Nationalsozialisten zu befreien und nach 1945 eine robuste, liberale Demokratie, eine soziale Marktwirtschaft und ein Ethos der Offenheit und Kooperation entstehen zu lassen. Die USA haben den Frieden in Europa über Jahrzehnte gesichert und das Ende des Kalten Krieges 1990 entscheidend vorangetrieben. Aber die Rolle der USA hat sich in den vergangenen zehn Jahren stark verändert. Die USA agieren nun engstirnig nationalistisch, egoistisch und kurz-sichtig: Trump hat die multilaterale Weltordnung eigenhändig beschädigt und löst zunehmend geopolitische und geoökonomische Konflikte aus.

Die größte Bedrohung ist allerdings der Aufstieg einer Ideologie, die man Tech- oder Paläoliberalismus nennen kann und die zur dominanten Denkrichtung der MAGA-Bewegung geworden ist. Sie zielt bewusst auf die Ablösung der liberalen Demokratie durch ein autoritäres Machtsystem ab. Der Tech-Milliardär Peter Thiel sagt offen, was ihm vorschwebt: Er hält Freiheit und Demokratie für unvereinbar. „Competition is for losers“ – auch dieser Satz Thiels zeigt, worum es geht: um Dominanz, nicht um Chancengleichheit und fairen Wettbewerb.

Das ist nicht Neoliberalismus. Es ist radikaler. Der Paläoliberalismus will den Staat dort zerstören, wo er private Macht begrenzt: bei Wettbewerb, Steuern, Daten, Tech-Plattformen, Klima, Arbeit, Gesundheit und sozialer Sicherung. Das Ergebnis wäre nicht mehr Freiheit für alle, sondern mehr Freiheit für wenige.

Diese Ideologie steht für die Zerstörung der staatlichen Ordnung, die Privatisierung öffentlicher Güter – von Infrastruktur über Sicherheit bis hin zum Geld selbst – und für einen

extremen Kulturkonservatismus, der alles Progressive und „Woke“ bekämpft. Der Historiker Quinn Slobodian hat in seinem Werk „Crack-Up Capitalism“ gezeigt, wie radikale Marktideologinnen und -ideologen seit Jahrzehnten von einer Welt träumen, in der Kapitalismus und Demokratie entkoppelt sind. Die geistigen Wurzeln reichen zurück bis zu Ayn Rand, Robert Nozick, Murray Rothbard und zu René Girard, dessen Denken der Tech-Milliardär Thiel ins Gegenteil verdreht hat.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass ungezügelter Macht schnellere Lösungen für große Probleme bringt – wie Pandemien, Energie, vielleicht sogar den Klimawandel. Und die Attraktivität dieser Ideologie hat einen nachvollziehbaren Kern: überbordende Bürokratie und Staatsversagen. Genau dieses Scheitern hat die Machtergreifung Trumps und der Tech-Milliardäre ermöglicht – so wie es in Europa Orbán, Meloni und die AfD stark gemacht hat. Die Erkenntnisse der Wirtschaftsnobelpreisträger 2024 Acemoğlu, Johnson und Robinson, belegen aber klar, dass starke Institutionen die Voraussetzung für Wohlstand sind.

Mein Ausblick für die Zeit nach dem 250. Geburtstag der Vereinigten Staaten ist daher von Sorge geprägt. Amerika war groß, weil es Freiheit als ein Versprechen an viele verstand. Heute droht dieses Versprechen von Milliardären gekapert zu werden, die Demokratie vor allem als Hindernis für ihren Gewinn und ihre Macht sehen.

Wenn die USA ihre positive Kraft zur Gestaltung einer besseren Welt aufgeben, ergibt sich für Deutschland und Europa ein klarer Auftrag: Wir müssen zeigen, dass liberale Demokratien handlungsfähig sind. Dass die soziale Marktwirtschaft mehr Innovation, mehr Freiheit und mehr Sicherheit ermöglicht als jede Oligarchie. Und dass Freiheit nicht denen vorbehalten ist, die am meisten besitzen, sondern ein Grundrecht aller Menschen ist.

Der Beitrag ist am 5. Juli 2026 als Wissenskolumne auf [zdf.de](https://www.zdf.de) erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 8. Juli 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Thibault Deletombe

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787